

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und besten bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Streuhand) Fr. 3.— für Deutschland (Gouvert) Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Streuhand).

Inserate die bezugsfähige Zeitzeile 25 Lit. — 20 Pfg.

1885.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Donnerstag, 24. September

Nr. 39.

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die vorzigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und hat keine Rücksichtnahme zu dulden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptverpflichtung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch an möglichst unverdächtige Postanstalten mitgeteilt werden. In zweifelsfällen können empfiehlt sich jedoch größere Sicherheit Kommandierung. Soviet an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Begen eines Unfalls an der Maschine konnte die vorliegende Nummer erst 2 Tage später erscheinen.

Unsere ausländischen Brief- und Streuband-Abonnenten zur Nachricht.

Alle Einzelabonnements, welche vor Ablauf September nicht erneuert sind, werden mit Nr. 40 gesperrt. Bei Bestellung durch Vertrauensleute benachrichtigt man dieselben also rechtzeitig.

Vorausbezahlung muß festgehalten werden.

Conto-Inhaber belassen wir, wenn Abstellung nicht vor Anfang Oktober erfolgt, auf nächstes Quartal. Abonnements für die Schweiz werden mit Nr. 40 nachgenommen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat.“

Kapitalistische „Naturschranken“.

Die famose Enquete über die Sonntagsarbeit geht ihrem Ende entgegen, und die Offiziosen weisen triumphierend darauf hin, daß das Resultat derselben kein anderes ist, als was ihr Herr und Meister bereits vorher verkündet. So wünschen wir, daß der Sonntag ein Ruhetag für den Arbeiter sei, so ständen einem gesetzlichen Verbot der Sonntagsarbeit doch so viele Bedenken entgegen, würde die strikte Durchführung des Verbots mit so vielen Nachtheilen für die Industrie, und damit für die Arbeiter, verbunden sein, daß es besser sei, das kleinere Uebel des jetzigen Zustandes der Dinge aufrecht zu erhalten, zumal ja doch die Sonntagsarbeit glücklicherweise immerhin die Ausnahme sei, als mit dem Gesetz die Schranken immerhin zu wollen, welche die Natur der Dinge der Regulierung und Reglementierung der Arbeitsverhältnisse gesetzt habe. Und was wir heute von der Sonntagsruhe zu hören bekommen, wird man uns morgen vom Maximalarbeitsstag, vom Arbeiterschutz überhaupt sagen. Immer und immer wird man uns mit dem Einwand kommen, daß die Verhältnisse der Industrie solche Eingriffe der Gesetzgebung in ihren Betrieb nicht vertragen, und entweder die Konkurrenz des Auslandes oder die technischen Anforderungen des Betriebes als „Naturschranken“ auszuspielen gegen die von den „Agitatoren“ verlangten Arbeiterschutzgesetze.

Originalität ist nie die starke Seite unserer Gegner gewesen, und auch diesmal sind ihre Andreden nichts weniger als neu. Was die deutsche Reptilien- und Ausbeuterpresse heute gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung ins Feld führt, das ist Alles bereits vor dreißig oder vierzig Jahren von der Fabrikantenpresse Englands gegen die damaligen ersten Versuche auf dem Gebiete der Fabrikgesetzgebung ins Feld geführt worden. Kein Schlagwort der heutigen Agitation, das nicht damals schon gefallen wäre, keine Unheilprophezeiung, die nicht auch damals gemacht worden wäre und — nicht eintraf.

In der That, es gibt nichts Ermüthigenderes für den Verfechter der Arbeitersache, als die Kapitel nachzulesen, in denen Karl Marx in seinem noch lange nicht genug gewürdigten „Kapital“ die Kämpfe schildert, welche in England, dem Mutterland der kapitalistischen Produktion, um und gegen die Fabrikgesetzgebung geführt worden sind.

Nichts Ermüthigenderes und nichts Belchrenderes. Er wird fast auf jeder Seite brauchbares Material für den Kampf gegen unsere Widersacher finden; das Buch ist ein wahres Arsenal von schneidigen Waffen, dessen Reichthum noch lange nicht erschöpft ist.

Hören wir z. B. Marx über die sogenannten technischen Naturschranken, die sich angeblich gesetzlichen Pausen des regulirten Arbeitstages entgegenstellen. In dem herrlichen Kapitel des ersten Bandes: „Maschinerie und große Industrie“ kommt er in dem Abschnitte: „Uebergang der modernen Mannufaktur und Hausarbeit in die große Industrie“ auch auf dieses Thema zu sprechen, und wir glauben, es kann nichts Zeitgemäheres und keine schlagendere Antwort auf die Auslassungen der Handelskammern zc. über die Unzulässigkeit eines Verbotes der Sonntagsarbeit geben, als das zu veröffentlichen, was Marx hier aus der Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung anführt.

Er sagt auf Seite 500:*)

*) Wir zitiren nach der zweiten Auflage.

„Mit dem Schwinden des unbeschränkten Arbeitstages, der Nachtarbeit, und freier Menschenverehrung, gilt jedes naturwüchsiges Hinderniß bald für eine ewige „Naturschranke“ der Produktion. Kein Gift der thätigen Ueberzeugung sicherer, als das Fabrikgesetz solche „Naturschranken“. Niemand schrieb lauter über „Unmöglichkeit“, als die Herren von der Töpferlei. 1864 wurde ihnen das Fabrikgesetz oktroyirt und alle Unmöglichkeiten waren schon 16 Monate später verschwunden. Die durch das Fabrikgesetz hervorgerufene, verbesserte Methode, Schilff durch Dend statt durch Verdunstung zu machen, die neue Konstruktion der Ofen zum Trocknen der feischen Waare u. s. w. sind Ereignisse von großer Wichtigkeit in der Kunst der Töpferlei und bezeugen einen Fortschritt derselben, wie ihn das letzte Jahrhundert nicht aufweisen kann. Die Temperatur der Ofen ist beträchtlich vermindert, bei beträchtlicher Abnahme im Kohlenverbrauch und wesentlicher Wirkung auf die Waare“ (Bericht der Kinderarbeits-Kommission 1864, S. 96 und 127). Trotz aller Prophezeiung stieg nicht der Kohlenpreis des Erdengrüns, wohl aber die Produktionsmenge, so daß die Ausfuhr der 12 Monate von Dezember 1864 bis Dezember 1865 einen Werthüberschuß von 138,628 Pfd. St. über den Durchschnitt der drei vorigen Jahre ergab.

In der Fabrikation von Schwefelkugeln galt es als Naturgesetz, daß Jungen, selbst während der Hinunterwägung ihres Mittagmahlts, die Hölzer in eine Phosphorposition tauchten, deren giftiger Dampf ihnen in das Gesicht stieg. Mit der Nothwendigkeit, Zeit zu ökonomisiren, ergwand der Fabrikant (1864) eine „dipping machine“ (Eintönungsmaschine), deren Dämpfe die Arbeiter nicht erreichen könnten. So wird jetzt in den noch nicht dem Fabrikgesetz unterworfenen Zweigen der Spizemanufaktur behauptet, die Maßigkeiten könnten nicht regelmäßig sein, wegen der verschiedenen Zeilängen, die verschiedene Spizematerialien zur Trodnung brauchen, und die von drei Minuten auf eine Stunde und mehr variiren. Hieran antworten die Kommissäre der „Children's Employment Comm.“ (Kinderarbeits-Kommission): Die Umstände sind dieselben wie in der Tapetenfabrik. Einige der Hauptfabrikanten in diesem Zweig machten lebhaft geltend, die Natur der verwandten Materialien und die Verschiedenartigkeit der Prozesse, die sie durchlaufen, erlaubten ohne großen Verlust keine plötzliche Stilllegung der Arbeit für Maßigkeiten. Durch die letzte Klausel der sechsten Section des Factory Act's Extension Act (Erweiterungsgesetz zum Fabrikgesetz 1864) ward ihnen eine sechsmonatliche Frist vom Erlassungsdatum des Aktes an eingeräumt, nach deren Ablauf sie sich den durch den Fabrikant spezifizirten Erfrischungspausen fügen müßten. Kann hätte das Gesetz die parlamentarische Sanktion erhalten, als die Herren Fabrikanten entdeckten: „Die Maßigkeiten, die wir von der Einführung des Fabrikgesetzes erwarteten, sind nicht eingetreten. Wir finden nicht, daß die Produktion irgend wie gefährlich ist. In der That, wir produziren mehr in derselben Zeit“ (Bericht der Fabrikinspektoren, 31. Okt. 1865, S. 22). Man sieht, das englische Parlament, dem sicher Niemand Genialität vorwerfen wird, ist durch Erfahrung zur Einsicht gelangt, daß ein Zwangsgesetz alle sogenannten Naturschranken der Produktion gegen Behinderung und Regelung des Arbeitstages einfach wegdiktiren kann. Bei Einführung des Fabrikgesetzes in einem Industriezweig wird daher ein Termin von 6—18 Monaten gestellt, innerhalb dessen es Sache der Fabrikanten ist, die technischen Hindernisse wegzuräumen. Mirabeau's: „Impossible! No mo die jamais eot imbelle de mot!“ (Unmöglich! Man bleibe mit diesem dummen Worte vom Leibe!) gilt namentlich für die moderne Technologie.

So Marx, und wir denken, die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, sich diese Worte einzuprägen.

„Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg“, dieses englische Sprichwort müssen wir unseren Gegnern immer wieder entgegenhalten. Ihr ruft uns zu: Unmöglich! Bleibt uns mit diesem dummen Wort vom Leibe. Wer unmöglich sagt, sagt, daß er nicht will. Ihr sprecht von „Naturschranken“? Kein Gift vertilgt Ungeziefer sicherer, als das Fabrikgesetz Eure „Naturschranken“.

Also keine Ausflucht, Ihr Herren.

Deutschland, die milchende Kuh Bismarck's.

Reich: „Das Ridel hieß einst Germania, Jetzt ist sie preussische Hure.“

„Das neue Wintermärchen.“

Es war einmal ein großer Mann, der hieß Otto. Derselbe hatte, wie das bei großen Leuten selbstverständlich, eine große Seele, sowie, was bei großen Leuten wenigstens nichts Unerhörtes, viele Schulden. Da für große Geister die kleinlichen Rücksichten nicht in's Gewicht fallen können, warf sich unser Otto entschlossen dem Ehestand in die Arme und begabte mit der Mithilfe eines Heidelein von Puttkamer (eine reichere Cousine Puttkamer hatte ihn leider ausgeschlagen) die dringlichsten Posten. Aber der Friede dauerte nicht lange: bald war Alles wieder beim Alten, und der künftige Leiter Deutschlands — wenn von einem großen Mann die Rede ist, so kann bekanntlich kein anderer gemeint sein, als der gerühmte aller Sozialreformer — konnte sich vor seinen Gläubigern nicht retten.

Zum Glück fand er in diesem kritischen Augenblick einen hohen Wäner in dem späteren Herrn von Bismarck, der mit seiner feinen Bankiersnahe die große Seele des damals noch kleinen Otto roth, die Schulden desselben auf Spekulation bezahlte und eine ewige Freundschaft mit ihm schloß, die später mit Hilfe der glorieichen Kriege so nette kleine Millionenproffiten nebst dem Adel des Reichens und unweifelhaft auch der Seele für ihn abwerfen sollten. Auch für Bismarck legten die heiligen Kriege den Grundstein zu seinem kolossalen Vermögen. Das Blut der Gefallenen floß in Form von Dotationen in seine Tasche. Der große Mann war ein „gemachter Mann“.

Von da an, wie das so häufig geschieht, daß aus lustigen Leuten Heilige werden, kam bei ihm der Umschlag. Seine alte Eigenschaft, Thaler

*) Die Einführung dieser und anderer Maschinerie in die Schwefelkugelfabrik hat in einem Departement derselben 230 junge Personen durch 32 Jungen und Mädchen von 14—17 Jahren ersetzt. Diese Ersparung von Arbeitern wurde 1865 weiter geführt durch Anwendung von Dampfkraft.

zu nehmen, wo er sie kriegen konnte, befiehlt er bei, aber — er lernt sie auf die hohe Kante zu stellen. Für die meisten armen Leute ist das beim besten Willen keine leichte Sache; wenn man aber mit Hilfe Bismarck's Kanzler eines mächtigen Reiches geworden ist und die Klinker der Gesetzgebung in der Hand hat, fallen eine Menge Schwierigkeiten sich zu „arrangiren“ fort.

Ein Beispiel aus neuerer Zeit mag dafür zeugen. Jedermann weiß, wie Herr Schwenninger zum Entsetzen aller guten Menschen und trotz ihres lauten Widerspruchs zum Professor in Berlin gemacht wurde. Widerspruch zu finden, ist für den großen Otto ebenso unangenehm wie für alle anderen Leute, er mußte also rein den Narren an dem ungeliebten Professor gestreifen haben oder — nun vielleicht erleuchteter folgender Vorfal das Dunkel.

Vor zwei Jahren ungefähr trug die Frau des Geheimraths Struck in Berlin auf Scheidung an. Ihr Mann wurde vom Gericht als schuldiger Theil erkannt und sollte ihr Alimente zahlen, die er jedoch für zu hoch erklärte, da seine Einnahmen nicht so bedeutend seien, als man annehme. Auf den Einwand des Advokaten der Frau, daß Struck ja Hansarist bei Bismarck sei, gab dieser an, nie einen Großchen dafür von dem großen Otto mit der großen Seele erhalten zu haben. Da das nicht wahrscheinlich klang, denn damals hatte Otto schon seine Dotationen in der Tasche, und war kein armer Teufel mehr, zog man Erkundigungen ein, und erhielt zur Antwort: Bismarck habe geglaubt, seine Frau habe den Arzt bezahlt! Und damit hatte die Sache ein Ende.

Dem Dr. Schwenninger verschafft man eine Professur und verlegt ihn in die Lage, zweihundert Mark für jede Konsultation zu verlangen anstatt fünfzig, die er liquidirt, ehe er Professor war, — und Bismarck ist ihm gegenüber quitt. Die Berliner Professoren aber sind dem Beispiel des bekannten Mannes gefolgt, der mühsam sein Schwert aus der Scheide zieht, sich Spitze und Schneide besetzt, und es ruhig wieder einsteckt.

Außer seinem körperlichen Wohlbefinden hatte Bismarck noch eine andere Sorge. Bekanntlich sind ihm zwei Söhne erblickt. Der eine besitzt alle schlechten Eigenschaften seines Vaters und nichts von dessen — Genie, der andere hat zwar auch die schlechten Eigenschaften geerbt, aber mit ihnen ein Stück Genialität. Infolge dessen lebte er mit einer Fürstin Carolath (ob mit oder ohne Wissen von deren Mann, bleibe dahingestellt) einen Winter über in Venedig unter dem Namen Graf und Gräfin Schöneich oder Schönthal, und entführt sie — später! Der Fürst Carolath ließ sich scheiden, und Herbert Bismarck erklärte: er heirathe die Fürstin Carolath oder niemals. Es mag wohl zu unlieb-samen Szenen zwischen Vater und Sohn gekommen sein, und um denselben ein Ende zu machen, ließ Bismarck dem Fürsten Carolath nichts Beringeres als einen Gesandtschaftsposten anbieten, wenn er so freundlich sein wolle, sich mit seiner Frau wieder anzuschließen. Wozu ist denn auch das deutsche Reich da, wenn es nicht solche kleine Annahmlichkeiten bieten sollte, wie das Abfinden mittelst guter Plätze? Fürst Carolath jedoch, der weder Energie noch Verstand besitzt, aber ein Ehemann ist, schlug den Posten, dem er in keiner Weise gewachsen wäre, aus. Der Mann hatte eben keine große Seele.

Herbert ist ein lieber böser Junge, und vielleicht weil er mit seinem Taschengelde nicht recht ankommt (worüber man sich bei einem zukünftigen Kanzler nicht wundern könnte), vielleicht auch um ein Pfäfer auf seine Herzenswunde zu legen, wurde im letzten Winter die Direktorenposten-Komodie in Szene gesetzt, und hinterher die scham-eichste Peters-, nein, Bismarckspinnensammlung, die den Grundbesitz Otto's um 8 Procent vermehren sollte, und den Sammlern so reichlich Oeden, Titel, Procentments, ludvolles Pöbeln zc. eingetragen hat. Hat doch sogar der frühere Minister Friedenthal glühende Rollen auf das Haupt Bismarck's gesammelt und sich an die Spitze des Bettes — nein, Sammelkomites gestellt, obwohl Letzterer ihn in einer offenerigen Stunde mit dem Titel: „Bildlicher Hofnisch . . .“ beehrt hatte. Friedenthal mußte eben genau, wie man die Gans des Fürsten Bismarck sich erringt:

„Zu viel kann man wohl haben, Doch hat man nie genug.“

So wurden denn, natürlich zum Heil des „armen Mannes“, die neuen Getreideölle im Reichstag durchgedrückt, die zusätzlich auch das Einkommen Bismarck's um 40,000 Mark jährlich erhöhten. Und was wird jetzt kommen?? Die gesetzgebenden Körperschaften treten ja nächstens wieder zusammen, um ihre Stimmen und Hände zum Reiken des deutschen Reiches zu leihen.

Doch nein, gerecht muß man sein. Da hat Bismarck sich vor einiger Zeit einmal mit einem Charlottenburger Arbeiter sehr ludvoll unterhalten und ihm zum Abschied zehn Pfennige geschenkt. Ganz Charlottenburger war bewegt von der Güte und Großmuth unseres Kanzlers. Deutscher Michel, deutscher Michel, die Geschichte wird einst lehren, wie sehr du dich am Karrenseil haßt führen lassen. Vindex.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 23. September 1885.

„Wir machen die deutschen Genossen nochmals auf die französischen Wahlen aufmerksam.“

Wahlen erheischen Geld, und unsere Brüder in Frankreich, die bei der vorigen Reichstagswahl uns so treu zur Seite gestanden, rechnen jetzt auch auf unsere Hilfe. Die deutschen Arbeiter haben schon namhafte Beiträge zum Wahlfond der Brüder in Frankreich geliefert; allein es wäre sehr erwünscht, wenn noch mehr gegeben würde. Wir sind überzeugt, keine Hesititte zu thun, wenn wir an die deutschen Sozialdemokraten nochmals den Ruf ergehen lassen:

Steuert bei zu dem Wahlfond der französischen Sozialisten!

— Die standalösen Polenauweisungen aus Preußen werden ununterbrochen fortgesetzt, und die Rücksichtslosigkeit, mit der die Herren Regierungs- und Landräthe dabei zu Werke gehen, das Elend, welches sie über die Opfer der neuesten Bismarck'schen Baune verhängen, ist so himmelschreiend, daß selbst reichstreue liberale Blätter

nicht umhin können, hier und da schärfere Bedenken über die Zulässigkeit und vor allem Zweckmäßigkeit solchen Vorgehens laut werden zu lassen. Damit, und mit einer etwas schärferen Beurteilung von Seiten der oppositionellen Presse ist die Sache für das „öffentliche Gewissen“ in Deutschland abgethan.

Diese stumpfsinnige Annahme einer mit allen Grundgesetzen der Menschlichkeit in Widerspruch stehenden Maßregel kennzeichnet mehr als alles Andere den Grad der Verjüngtheit des politischen Lebens, welches die glorreiche Kera Bismarck in Preußen-Deutschland zu Stande gebracht. In jedem anderen Lande würde sich Alles, was noch ein Gefühl für Menschlichkeit und Gerechtigkeit in der Brust hat, zum lebensschmerzhaften Protest gegen solche Barbarei erheben, in Tausenden von Volkssammlungen würde man gegen eine solche Purifizierungspolitik, welche den deutschen Namen überall im Auslande mit Schmach bedeckt, als unwürdig zurückweisen — in Deutschland nichts von Alledem. Stumpfsinnig resignirt nimmt man die Sache hin. Die Regierung thut ja doch, was sie will, das ist der stets wiederkehrende Refrain, mit dem man das schlechte Gewissen beruhigt.

Es ist ein Skandal.
Aber, wir sind eine große Nation, wir haben ein herrliches Heer, Panzergeschiffe, Torpedoboote, Krupp'sche Kanonen — mit einem Worte, wir sind eine Weltmacht geworden, und wehe Dem, der es wagt, unserem Appetit nach Kolonien entgegenzuwirken zu wollen! Er wird es zu fühlen bekommen, was es heißt, mit einer großen Nation anzubinden. Wir stehen glänzend da in der Welt. Das magt Alles auf.

So ist's. Nach Außen beschließen und nach Innen beschließen —, wie ein bettes Sprichwort sagt.

Die Revolution, halb Staatsreich, so kann man die Umwälzung bezeichnen, die sich vergangene Woche auf der Balkanhalbinsel vollzogen. Die Bulgaren der Provinz Ost-Rumelien haben den Generalgouverneur Gavril Pascha Chrestowich gestürzt und den Fürsten Alexander von Bulgarien als Landesherrn ausgerufen. Dieser hat die neue Würde auch eiligst angenommen und sich als „durch Gottes und des Volkes (— wirklich? —) Willen“ Fürst von Nord- und Süd-Bulgarien proklamiert. Soweit wäre alles in schönster Ordnung — angeblich ist bei der ganzen Angelegenheit auch nicht ein Tropfen Blut vergossen — wenn nicht die Türkei und der „Berliner Vertrag“ von 1878 da wären, durch welche letzteren dieser mit nachahmungswürdiger Geschicklichkeit inszenirt und ausgeführte „Befreiungsakt“ einen ganz netten Kitz macht und einen noch netteren zu bezeichnen droht.

Das Verträge nicht dazu da sind, gehalten zu werden, weiß heutzutage jeder, und daß der Berliner Vertrag keine Ausnahme machen werde, dürften sich seine Macher gewiß nicht verhehlt haben. Die Frage, worauf es ankommt, ist nur die, ob es im Interesse dieser Macher, oder im Interesse welcher der Macher es liegt, daß ihr Nachwort schon jetzt durchlöcheret werde. Und berücksichtigt man, daß Herr Alexander von Battenberg erst vor 14 Tagen in Franzensbad mit dem russischen Minister Wierns konferirt hat, so weiß man auch, was die Glote geschlagen und was man von der offiziellen Nachricht zu halten hat, daß in russischen Regierungskreisen das Vorgehen des Fürsten „nicht gebilligt“ wird. Diese Kreise liegen wahrscheinlich auf dem Rinde.

Rußland, das in Zentralasien soeben einen Bissen verschluckt hat, den es erst wieder verbauen muß, um von Neuem auszuholen, sängt eben wieder an, auf dem Balkan zu mogeln; das ist so seine traditionelle Politik. Da in England ein Lord-Ministerium am Ruder ist, steht es sich veranlaßt, den Schein etwas mehr zu wahren als zur Zeit, wo Gladstone in Bulgarien's Greueln machte. Zudem hat der Berliner Vertrag noch ein Gegenstück zu der nicht türkischen und nicht bulgarischen „Provinz“ Ost-Rumelien geschaffen: die bosnische Frage. Grade im jetzigen Moment, wo Franz „zufällig“ zum ersten Mal bosnischen Boden betreten und sich von dazu bestellten bosnischen Führern hat anheften lassen, würde die offene Zustimmung Rußlands zu den Vorgängen in Sophia und Philippopolis eine Erlaubnis für Oesterreich sein, die Okkupation Bosniens in Annexion zu verhandeln. Daher Rußlands moralische Bedenken. An dem Stande der Dinge wird durch sie nichts geändert, es ist eine vollendete Situation geschaffen, und wenn die Türkei den Versuch macht, mit Waffengewalt wiederzuholen, was ihr genommen, was hat das? Auf jeden Fall werden ihre Kräfte festgelegt, und für die schlimmsten Eventualität gibt es ja noch „macedonische Greuel“. Was kommt es den Herren in Petersburg auf etwelches Blutvergießen an? Ebenso wenig wie ihrem „Dupe“ oder Komplizen in Berlin.

Wie weit die politische Entwicklung in Deutschland noch zurück liegt gegenüber der der Weststaaten Europas, dafür hat jüngst die „Frankfurter Zeitung“ wieder einmal einen überaus drastischen Beweis geliefert. In seiner Vorgenummer vom 18. September schreibt das Hauptorgan des vorgeklärten Flügels des deutschen Bürgerthums bei Besprechung des Clemenceau'schen Programms wörtlich folgendes:

„Zerweilen wir einen Augenblick bei dem neuesten Produkt der Pariser politischen Weisheit. Das Manifest hat von dem früheren Programm Einiges getriden, enthält aber immer noch etwa hundert Forderungen, deren Beseitigung, wenn sie überhaupt möglich ist, mindestens tausend Jahre in Anspruch nehmen würde.“

„Mindestens tausend Jahre.“ Das müssen sicherlich haarsträubende Utopien sein, zwischen deren Aufstellung und Beseitigung — „wenn sie überhaupt möglich ist“ — eine Spanne Zeit verstreichen soll, größer als die Epoche, innerhalb deren die Deutschen aus kräftigen Halbbarbaren, die sie noch zur Zeit der Karolinger waren, zu den gefitteten Philistern des glorreichen zweiten Kaiserreichs von Bismarck's Gnaden wurden. Hören wir also:

„Im politischen Theile des Programms wird u. A. verlangt: Ausarbeitung einer Verfassung durch eine konstituierende Nationalversammlung, die eigens zu diesem Zwecke zu berufen ist; Abschaffung des Senats und der Präsidentschaft der Republik; Beseitigung der Verfassung durch Volksbeschluß, d. h. durch Plebisit. Einige und permanente Volksvertretung, die jährlich zu einem Drittel zu erneuern ist; vollständige Unterordnung der Exekutive unter die Legislative. Die Richter werden gewählt und ihr Mandat ist unwiderruflich. Bürgerliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne; Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern. Autonomie der Gemeinden; Rückkehr des Departements der Seine unter das gemeine Recht. Besoldung aller Wahlfunktionen. Im wirtschaftlichen Theile wird verlangt: Progressive Steuern auf Kapital und Einkommen, je nach dem Falle; spezielle Steuern auf unproduktives Kapital; Unterdrückung des Erbrechts der Seitenlinien und progressive Besteuerung der direkten Erbschaft und der Schenkungen unter Lebenden. Stufenweise Reduktion der öffentlichen Schuld. Unabhängiger Arbeitstag in allen staatlichen oder vom Staat abhängigen Werkstätten. Staatsversicherung gegen Unfälle der Arbeiter, gegen Invalidität, Feuer, Hagel und Ueberschwemmungen. Berufung eines internationalen Kongresses zur Herstellung einer internationalen Arbeitsgesetzgebung.“

Dreiviertel dieser Forderungen sind in der Schweiz, wie männiglich bekannt, bereits verwirklicht und werden dort nicht einmal von den Reaktionsären mehr bekämpft, die übrigen, wie die bürgerliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne, die Unterdrückung des Erbrechts der Seitenlinien u. werden längst in der Tagespresse erörtert und sind anerkanntermaßen mit dem Willen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung keineswegs unvereinbar — für die „Frankf. Jtg.“ aber bedarf es zu ihrer Verwirklichung „mindestens tausend Jahre“. Ja, das leitende Organ der bürgerlichen Demokratie Deutschlands nimmt keinen Anstand, gleich darauf von diesen „zum Theil unpraktischen oder gefährlichen Forderungen“ zu sprechen. Welch eine Demokratie, der selbst diese im Grunde so harmlosen Forderungen gefährlich erscheinen! Welch begeisterte Perspektive eröffnet sie dem deutschen Volke!

— Aus Sachsen. Das sozialdemokratische Programm für die Landtagswahlen ist diesmal schärfer präzisirt als bei früheren Wahlen, was darin seinen Grund hat, daß diesmal die Agitation, weil in den meisten Wahlkreisen Versammlungen stattfinden konnten, eine viel ausgebreitete war als früher, und die Forderungen eingehend entwickelt werden konnten. Ich will die Hauptpunkte hier folgen lassen, wie sie in den meisten Wahlaufzügen aufgestellt sind.

Nach einer Darlegung der Aufgaben und Befugnisse des Landtags und nach einer allgemeinen Skizzirung unseres Strebens wird von dem jeweiligen Kandidaten gesagt:

„Insbesondere wird er eintreten: Für Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu Gemeinde- und Landtagswahlen, für Vereinfachung und gerechte Verteilung des Steuerwesens durch Reform der progressiven Einkommensteuer und Beseitigung aller übrigen Steuern in Gemeinde und Staat, für gerechte Verteilung der Armenlast durch Erhebung des Gesamtarmenwesens zur Staatssache, so daß nicht mehr, wie das jetzt der Fall ist, vielfach die ärmsten Gemeinden die höchsten Armenlasten zu zahlen und z. B. die Leipziger Landgemeinden die Arbeiter, welche die reiche Bourgeoisie der Stadt Leipzig noch mehr bereichern, in ihren alten Tagen zu ernähren haben; für Erparnis im Staatshaushalt, aber Erparnis am richtigen Ort, d. h. oben, nicht unten, für bessere Besoldung der unteren Staatsbeamten (Eisenbahn, Gerichtsbeamten u. c.) und der Arbeiter im Dienste des Staates, für Hebung der Volksschule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und Reform des gesamten Unterrichtswesens, dergestalt, daß die Möglichkeit höherer Bildung den Söhnen der Armen ebenso geboten wird wie denen der Reichen, und daß nicht länger, wie bisher, die Reichen ihre Kinder auf Kosten der Armen ernähren können, die für die höheren Bildungsanstalten beizusteuern haben, aber durch ihre Armut verhindert sind, ihre eigenen Kinder in dieselben zu schicken, für Reform des Dissidentengesetzes nach dem Grundsatz der absoluten Gewissensfreiheit, und für Regelung des Knappschaftswesens in dem Sinne der Gerechtigkeit und der Selbstverwaltung.“

Kußerdem wird unser Kandidat mit aller Kraft dahin wirken, die sächsische Regierung zu veranlassen, daß sie im Bundesrat die Wünsche und Forderungen des gesamten Volkes zum Ausdruck und seine Interessen zur Geltung bringt; daß sie insbesondere wirke

a) für Abschaffung des Ausnahmegesetzes, durch welches die größte Partei unseres Landes schwer geschädigt wird,

b) für Beseitigung des Militarismus und Ersatz des stehenden Heeres durch ein Volksheer;

c) gegen die gewiß nicht gegenbringende Zoll- und Steuerpolitik des Fürsten Bismarck, welche darauf ausgeht, die Lebensmittel gründlich zu verteuern und die Großen (Grundbesitzer, Großfabrikanten u. s. w.) auf Kosten der Kleinen (Arbeiter, Handwerker und Bauern) zu bereichern.“

Das Programm bedarf keiner Erklärung. Besonders hingewiesen sei bloß auf den das Armenwesen betreffenden Punkt. Die bisher nur von einzelnen Abgeordneten befürwortete Erhebung des Armenwesens zur Staatssache ist hiermit von den sächsischen Genossen als Parteiforderung aufgestellt. Es versteht sich, daß es sich hier nicht um eine theoretisch-prinzipielle Forderung handelt, denn in einer sozialistischen Gesellschaft kann es selbstverständlich keine Armen geben, und folglich auch keine Armenunterstützung. Aber unter den jetzigen Verhältnissen ist die Frage eine eminent praktische. Und das ist gewiß, daß wie die Dinge liegen, eine gerechte Verteilung der Armenlasten bloß dadurch erzielt werden kann, daß das Armenwesen zur Staatssache gemacht, und die Armensteuer in die eine progressive Einkommensteuer einverleibt wird, welche, unserem Parteiprogramm gemäß, sämtliche Staats- und Gemeindesteuern ersetzen soll.

Die sächsischen Landtagswahlen haben für unsere Partei ein günstiges Resultat geliefert. Zwei sozialdemokratische Mandate waren erloschen und drei sozialdemokratische Mandate wurden erkämpft. Leipzig-Land, wo Liebknecht vor sechs Jahren nur mit relativer Majorität gegen zwei andere Kandidaten gewählt worden war, ging an die vereinigten Ordnungsparteien verloren; dafür wurde Chemnitz-Land (Seyler) und ein Dresdener Bezirk (Kaben) erobert, während Zwickau-Land in unseren Händen verblieb (Stolle an Stelle Puttrichs). Das Stimmverhältnis war durchweg ein befriedigendes — natürlich wenn man den Jensus in Betracht zieht. In Leipzig-Land hatten wir fast doppelt so viel Stimmen wie vor 6 Jahren. Daß der Kreis uns diesmal verloren gegangen, kann den Kandidaten nicht überraschen. Der Jensus lichtet überall unsere Reihen, auch da, wo die beschriebenen Arbeiter wohnen, und der in Frage kommende Kreis enthält zum Theil rein bäuerliche Ortschaften. Biele unermwartet kam aber das Resultat von Chemnitz-Stadt. Daß der Kandidat der vereinigten Ordnungsparteien mehr als doppelt so viel Stimmen auf sich vereinigte, als unser Kandidat, das war manchem überraschend. Und doch ist es sehr natürlich. In der Stadt Chemnitz hätten wir bei der letzten Reichstagswahl zwar die Majorität, jedoch keine sehr beträchtliche. Unsere majestätische Majorität verbanden wir den umliegenden, ausschließlich von Arbeitern bewohnten Ortschaften. Wenn man nun bedenkt, daß der 3. März-Jensus unsere Gegner gar nicht berührt, und auch in einer Stadt wie Chemnitz gut die Hälfte unserer Reichstagswähler trifft, und wenn man weiter bedenkt, daß eine große Zahl von Arbeitern keine sächsischen Staatsangehörigen sind, während sich unter unsern Gegnern vergleichsweise nur sehr wenig „Fremde“ befinden, so hört das Ergebnis auf, etwas Ueberraschendes zu haben.

Jedenfalls hat die Sozialdemokratie alle Ursache, sich des Gesamtergebnisses zu freuen: sie zieht stärker in den Landtag ein, als sie ihn verlassen hatte.

„Der König marschirte den Hügel hinauf, und marschirte wieder hinunter“ — so heißt es in einem alten englischen Volkslied, das eine nicht geschlagene Schlacht verportet. Wie jenem König, so erging es den lustigen und traurigen Rittern der sogenannten neuen demokratischen Partei, die am 13. dieses Monats gen Hamburg zogen, um Musterung zu halten und sich in feierlichem „Parteitag“ als Partei zu konstituiren. Sie marschirten in die Stadt hinein und marschirten wieder hinaus. Nur mit dem Unterschied, daß ihr Herz beim Hinausmarschiren betrübter oder weniger gepahigt war als bei dem Hineinmarschiren.

Es sollte ein Programm entworfen werden. Wie kann man sich eine Partei ohne Programm denken. Ebenso gut einen Verein ohne Fahne.

Ein Programm machen — nichts leichter als das. So leicht, daß jeder der lustigen und traurigen Ritter von der neuen demokratischen Partei mindestens ein halbes Duzend Programme auf Lager hatte. Also ein wahrer ombarsas de richissos. Das war schon schlimm. Indes die Herren haben ja sämtlich Ueberfluß an freier Zeit, und so wäre dieses Hinderniß allmählig überwunden worden. Es fand sich aber unglücklicher Weise ein Stein des Anstoßes, oder sagen wir lieber ein Apfel der Zwietracht, welcher den lustigen und traurigen Rittern verhängnißvoll wurde, und ihr erhabenes Werk zum Scheitern brachte, bevor es „epochenmachend“ werden konnte — wie die lustigen und traurigen Ritter mit der, allen großen Reformatoren und Entdeckern eigenen Zuversicht erhofft hatten. Dieser Stein des Anstoßes oder Apfel der Zwietracht, nannte sich soziale „Frage“ oder, genauer präzisirt, „Normalarbeitstag“.

Und die Katastrophe trug sich zu wie folgt:

Der Hamburger demokratische Verein oder Klub hatte sich in der sozialdemokratischen Luft Hamburgs der Thatfache nicht verschließen können, daß es auf der jüdischen Erde so etwas Rehnliches gibt wie eine soziale Frage; und demgemäß brachte er auf dem „Parteitag“ einen Antrag ein, dahingehend — auf den Wortlaut kommt es ja nicht an — daß die „neue“ Partei auf eine Lösung der sozialen Frage hinarbeiten müsse, und daß sie insbesondere auch für den Normalarbeitstag einzutreten habe.

Dieser Antrag fiel wie eine Bombe in die sonst so friedliche und gemüthliche Gesellschaft — denn eine Gesellschaft wars, auch in dem freier geselligen Sinne des Worts. Waren doch die lustigen und traurigen Ritter alleamtig gen Hamburg geeilt mit der mehr oder weniger ausgeprochenen Absicht, dort ein paar vergnügliche Tage zu verleben. Es ist und trinkt sich ja gut in der Stadt der wohlgenährten Hammonia, und man braucht kein Heine zu sein, und keinen Campe zu haben, um in Hamburg gut „schlampampen“ zu können.

Und so war denn der Friede unserer Gesellschaft, wenn auch grade nicht der gesellschaftliche Friede, gestört — es kam zu hitzigen Kämpfen, so hitzig, wie sie unter gemüthlichen Leuten nur vorkommen können, und das Ende vom lustigen und traurigen Lied war, daß die bösen Hamburger den Normalarbeitstag höher schätzten, als die neue Partei, und

mit grausamer Verbissenheit erklärten, sich von ihr trennen zu müssen, beziehentlich ihr nicht beitreten zu können. Und da gabs dann zum Verblüffen, dann betrübte Gesichter. Einige wollten die Sache tragisch nehmen; indes sie erinnerten sich bald, daß sie nach Hamburg nicht gekommen waren, um sich zu streiten, sondern um sich und ihre Mitmenschen zu amüsiren — so machten sie zu guter Letzt gute Miene zum bösen Spiel, — wer den nötigen Verstand dazu hatte, schnitt ein ernstes Kugelngefecht; die andern lächelten vergnügt nach dem Sturm, und ein frühlicher Verhandlung, ich wollte sagen Trennungsschmausung sämtlicher Beteiligten feierte die Sprengung der „neuen“ Partei. Leichen schmaus sind ja von sprichwörtlicher erweiterter Wirkung, und so können wir uns denn auch nicht wundern, daß dieser politische Leichen schmaus den frühesten Verlauf nahm. Als man beim zehnten Glas war, fielen die feindlichen Brüder einander gerührt in die Arme, und gingen dann, so gut sie gehen konnten, gerührt einander, nachdem sie sich gelobt, noch recht oft mit einander zu „schlampampen“. Und so endete der „Parteitag“ der neuen Partei und die neue Partei. Gott habe sie selig, und möge sich recht bald ein Sänger finden für diese neue Jobiade.

— „Der Sozialdemokrat Herr Frohme hat die Aeußerung gethan, die Liebe zur Vaterlandsliebe könne nur haben wer von Vaterlandsliebe erfüllt sei.“ Ein sozialdemokratisches Blatt schiebt daraus, daß Herr Frohme selbst nicht frei von Vaterlandsliebe sei, und macht ihm dittere Vorwürfe deswegen. Und dieses Blatt, das einem Manne Vaterlandsliebe vorwirft, erscheint in der Schweiz, in Zürich, Pful, was für ein Gefindel ist sich in der freien Schweiz einzunistet seit den Tagen des Tell, seit dem des Winkelried!“

Dieser tugendhafte Erguß ist wörtlich entnommen der neuesten Nummer des — „Klabberblatt“.

Es ist dieser Parodie auf Alles, was Wig heißt, würdig. Von dem fettgewordenen Lohnschreiber des Millionärs Hoffmann, die nichts anderes können, als im ewigen Einerlei Bismarck anmedeln und den Spitznamen im fremden Lande zum Balken umlagern, die nach echter Schwarzenbergart die Schwachen verhöhnen und vor den Mächtigen baugrutschen, die über die Polenauweisungen mit einem nichtwürdigen Kallauer hinweggehen, von Leuten, die zu den Zeiten des Tell denselben als ein Raubmörder beschimpft, sich über einen Winkelried auf einen Winkel von obelstweig gemacht hätten, von Burtschen, welche die freien Institutionen der Schweiz nur nennen, um sie zu benutziren, von diesen ehrenwerthen Vaterlandsfreunden wollen wir begeistert sein. Und nicht, daß uns anapfen, veranlaßt uns, von ihrem Geschreibsel Notiz zu nehmen, sondern die Art, wie sie es thun. Die Jammerserle sind so allzu Wüthes haar, daß sie nur noch nach Ruderart heuchlerisch die Augen verdrehen können. Wir sind nicht so beschränkt, daß wir über einen guten Wig auf unsere Kosten nicht gelegentlich selbst mitlachen — das ist aber nichts als die platteste Platttheit der arroganten Impotenz, und für diese haben wir nur ein Gefühl, das der mitleidigen Berachtung.

— Auch die „Kleine Presse“, das Hausrecht-Organ der „Frankfurter Zeitung“, läßt sich in ihrer Nummer vom 18. September bemühen, über diejenigen herzugreifen, die an dem Frohme'schen Wort über die „spezifisch-deutsche Arbeiterbewegung“ Kritik zu üben wagten. Das speziell zu dem Zweck gegründete Blatt, der Sozialdemokratie in der Domäne der Frankfurterin den Garau zu machen, schließt den betreffenden Artikel mit folgenden Worten:

„Soviel steht fest, daß Herr Frohme gut thut, eine derartige Gegnerschaft in der eigenen Partei nicht erst zu nehmen. Die Leute behühen sich selbst ja reichlich, um möglich zu werden.“

Kun, vorläufig beurtheilt man in der deutschen Sozialdemokratie die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Genossen noch nicht danach, ob sie sich der Patronage der Macher der Volkspartei erfreuen oder nicht.

— Mit Bezug auf die Frage der „Besteuerung der fremden Biere in Berlin“ theilt man uns mit, daß die Aeußerung Görck's seine Kollegen, d. h. die übrigen sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten seinem Vorgehen in dieser Frage zugestimmt, auf einem Jertag Görck's beruhte, wovon sich dieser inzwischen auch überzeugt hat. Neugier hat auch Görck eingesehen, daß die Gesichtspunkte, von denen er bei Beurteilung der Biersteuer ausging, mit unserem Programm nicht zu vereinbaren seien, und ist demgemäß von seiner ersten Auffassung zurückgekommen.

Damit ist die Angelegenheit selbstverständlich für uns erledigt.

— Polizeistaatlich-Inquisitionelles. In Preußen müssen bekanntlich alle Vereine, welche sich mit Sach- u. Angelegenheiten befassen, der Polizei das Verzeichniß ihrer Mitglieder einreichen, und gewissen Zeiträumen ergänzen. Wozu diese Maßregel dient, das weiß in Preußen jedes Kind, und dem Ausländer braucht man nur zu sagen, daß das Vereinsgesetz, welches sie vorschreibt, aus der Kera Rantelweidatirt, dann weiß er auch Bescheid.

Auf irgend eine Art — das Sie ist vorläufig „Antsgeheimniß“ — sind wir nun in den Besitz so eines Mitgliederverzeichnisses gelangt, nach dem das Verzeichniß der Mitglieder der „Klein- und großen“ ist dies das Mitgliederverzeichniß des Schneiders F. J. G. in der Gasse in Frankfurt am Main, eingereicht am 6. Oktober 1884. Auf demselben finden sich folgende Bemerkungen:

Vom 10. Oktober — drei Tage nach Empfang:
„Herrn Polizeirath Dr. Rumpff mit dem es Ersuchen um Markirung der bekannten Sozialdemokraten. (Name unleserlich. — Vorgenhahn)“

Vom 13. Oktober:
„Nach Markirung mit Bleistift, jedoch ohne Gewähr, daß die übrigen Mitglieder ebenfalls Sozialisten, ergebenst zurück.“

Dr. Rumpff.

Daran erkennen wir den pflichttreuen Beamten. Ohne Gewähr. Diederer Vorh-Grüher hätte offenbar am liebsten alle Mitglieder des betreffenden Vereins — ein Fachverein, wie jeder Arbeiterverein überhaupt, ist in Preußen ja stets „bedenklich“ — als Sozialisten markirt. Aber Rumpff wachte, daß er damit den Werth der einzelnen „Markirung“, der ja in der Besondereit steht, abschwächen würde, und begnügte sich daher damit, einige „notorische Umstürzler“ durch energische Bleistiftstriche als sehr gefährlich, einige andere durch schlächtere Strich und ein angehängtes Fragezeichen als gefährlich und den Rest generalis als verdächtig zu bezeichnen. So handelt eine gewissenhaft und orientirte Behörde.

Und nun wandert die Liste zum Präsidenten zurück, der am 14. Oktober die Verfügung erläßt:

„1. Verzeichnissung zu erteilen.“

2. ad acta.

Die Verzeichnissung wird, wie ein weiterer Vermerk besagt, am 15. Oktober an den Vorsitzenden des Fachvereins abgeschickt, und das Verzeichniß, mit dem Attestzeichen 8890 l versehen, den Akten einverleibt. Es von da in unseren Besitz gelangt, und unter welchem Attestzeichen nun bei uns ruht, das bleibt, wie gesagt, „Antsgeheimniß“.

Genug, wir haben an diesem Dokument wieder einen sprechenden Beweis dafür, wie die moderne Inquisition, genannt politische Polizei, Staate der Aufklärung „arbeitet“.

— Gut gegeben. Dem spanischen General Salamanca, aus Anlaß der Karolinen-Annexion einen ihm deutscherseits verliehenen Orden zurückgibt, wird in der deutschen Presse jetzt allerlei Schleich nachgesagt. Ein Korrespondent der „Königlichen Zeitung“ nennt ihn „Gemisch von Dabiger und Hochmuth“, die, welche ihn kennen, hätten nur „ein Lächeln der Berachtung“. Seine eigene Mutter hätte, um seine Unerfahrenheit anzudeuten, gesagt, „er sei kein Kind, sondern ein Bawurm.“

Dazu bemerkt die demokratische „Zürcher Post“:
„Sonderbar, daß all Das erst jetzt bekannt wird: oder hat er sich denn gar nicht näher erkundigt, bevor man diesem „Bandwurm“ den Orden umhängte?“

*) Die Schönheit des Stils: „ohne Gewähr, daß“ anstatt „ohne Gewähr, daß nicht“ setzen wir auf Konto des Patrioten. Wer sein Lied hat, sündigt es, heißt es in der Bibel, und in klassischer Anlehnung an dieses Bibelwort mißhandelt Niemand die deutsche Sprache ärger, als die Richter der patriotischen Stimmung.

Der ganze Ordensschwindel kann nicht besser gekennzeichnet werden, als durch Annäherung solcher „Widerprüfungen“.

Uebrigens haben die deutschen Presseblätter auch noch andere Ursachen, von der „Hagler des Generals Salamanca“ nicht viel Aufhebendes zu machen.

Im Hause des Ottopfenigs soll man nicht vom — Band — wärm reden.

Früchte der kapitalistischen Ära. „Es wird ferner geschätzt, daß ein Jute-Händler in Dundee einen Posten Jute nach Calcutta exportiert hat oder zu exportieren im Begriff steht, da zur Zeit in dem Hafen Jutiens Mangel und in Dundee Ueberschuß an Jute, und der Preis derselben dort niedriger ist als in Calcutta, ihrem Ursprungslande.“

Also jüngst zu lesen in der „Daily News.“ „Das ist die Organisation der Arbeit“ — bemerkt dazu die „Justice“, „daß wir diese Notiz entnehmen — für die wir (die arbeitende Klasse) den Kapitalisten drei Viertel vom Produkt unserer Arbeit zahlen, und ihnen zu behaupten gestatten, wir könnten sie selbst nicht besser besorgen.“

Neu-Chinesisches. Die Direktion der Berlin-Magdeburger Eisenbahn hat, wie die „Berliner Volkszeitung“ mittheilt, in gewissen Jagen Extra-Coups für Kabinen eingerichtet, und zwar angeblich, um diese ungeschicklichen Kabinen vor dem — „Anhören von Juten a. s. w.“ zu bewahren.

„Nahden von Juten a. s. w.“ — sagt das fortschrittlich-demokratische Blatt hinzu — in diesem „a. s. w.“ liegt der Hase im Pfeffer. Wir wissen die Sache für harmlos oder lächerlich halten können, wenn sie nicht in der That eine symptomatische Bedeutung hätte und sich als ein wichtiger Glied in der Kette jener Befreiungen der Militärkassen darstellte, welche mit steigendem Erfolge darauf gerichtet sind, die Armeen von dem Volke zu isoliren und sie gemessenmaßen zu einem Staat im Staate auszubilden. Denn im Jagen der Eisenbahndirektion ist dieser wichtige Gedanke schwerlich aufgetaucht; er ist ihr selbstverständlich von den militärischen Instanzen in das verständnißmäßig anstehende Ohr gekommen worden. Wegen der Absonderung des Offizierskorps von der Bürgerschaft, gegen die Absperrung desselben in Kasinos, die selbst gut mehrerblich gesinnte bürgerliche Mitglieder nicht wehr gern ausnehmen, soweit dieselben nicht Referer-Offiziere sind, gegen die bedeutenden Seiten der einseitig militärischen Erziehung im Kadettenkassen, Unteroffizierskassen a. s. w. a. s. w. ist im Reichsland wie in der Presse so viel Besprechendes, Wahres, Unwiderlegliches gesprochen worden, daß wir uns eine Auseinandersetzung sichtlich ersparen können. Die Militärpartei weiß, was sie will; sie verfolgt ihr Ziel langsam aber mit unerschütterlicher Zähigkeit, und sie wird es erreichen. Die kleinliche Maßregel der Kadettenkassen ist ein wenig auch unbedeutend, doch immerhin weiterer Schritt auf diesem Wege. Gradezu komisch ist aber der Hinweis auf den notwendigen Schutz vor Juten. Zunächst ist es eine dreiste Beleidigung des Publikums, wenn man der dritten Klasse eine besondere Vorliebe für Juten auf den Hals redet; wir wissen, welche eine besondere Vorliebe für Juten auf den Hals redet; wir wissen, daß man grade hier am allerwenigsten davon beunruhigt wird. Die zweite Klasse ist in diesem Punkte weit leistungsfähiger. Und was die Kadetten betrifft, so ist ihre Seele doch wohl nur in den seltensten Fällen ein von keinem Hauch aus unreinen Sphären getränkter Spiegel. Wir erinnern uns aus unserer Schillertage ganz genau, wie wir aushungerte Tertianer Mund und Nase aufsperrten, wenn unsere ehemaligen in das Kadettenkorps versetzten Kameraden auf Urlaub kamen und uns von ihren Berliner Abenteuern und Jagden erzählten. Im Punkte der Lebensweise hielten wir dieselben zwar nicht für voll, aber in der Lebenserfahrung und der Fröhlichkeit im Genießen waren sie uns weit über, wenn es nicht, damals wenigstens, vielleicht ganz dienlich gewesen, wenn man uns vor der Bekleidung mit den Kadetten geschäftig hätte. Mögen sich aber auch seit der Verlegung des Instituts nach Kückersfelde die Verhältnisse gebessert haben und im Kadettenkorps nicht nur offiziell — das nächste sich ja von selbst — sondern bis in die Falten aller der jungen und jüngsten Seelen hinein eine Frömmigkeit und sanftere Sitten herabkommen, so wird doch der Kadett in seinem Eisenbahncoupé der Welt auch nicht anders als die Kadetten in ihren Kabinen zu hören bekommen, wie sie auf dem nur annähernd solche Redensarten zu hören bekommen, wie sie auf dem Kongressplatz von zahlreichen Unteroffizieren als eine Art Sport kassirt werden. Jeder militärisch gekultete Deutsche wird das ohne Weiteres anerkennen, und uns stehen noch heute die Haare zu Berge, wenn wir uns jenen jenen garten Hosen erinnern, die in unserer heimlichen Militärkammer an der Wand hingewandert waren. Also mit diesem Schellen vor Juten ist es nicht; das ist eine sehr durchsichtige Maske, hinter der sich ganz andere Absichten bergen. Die Isolirung der Armee, die schrittweise Absonderung des Offizierskorps und des Unteroffizierskorps, schreitet stetig vorwärts; von einem Volke in Waffen ist allenfalls nur noch die Rede, und die Militärpartei aller Länder beginnt sich in den Kämpfen gegen die eben so solidarisch zu fühlen, wie etwa der ultramontane Klerus.“

So die „Volkszeitung“, und sie hat durchaus recht. Man will in Neu-China mit Gewalt eine besondere Kriegserklärung haben, jede Veränderung aber der unzulässigen Helden — denn Helden sind sie alle, jeder verdächtige Offizier ist ein Held — mit dem gemeinen Fleische geschädigt, den militärischen Geist, der ihnen auf der Kadettenschule eingepflanzt wird, wie für den Preis der jeder Verkehr mit der profanen Außenwelt wie ein Liebel ist, bis er als himmlischer Lieutenant ein so erhabenes Wesen geworden, so durchdrungen ist von seinem göttlichen Beruf, sich so einsam mit seinen „Kameraden“ in Christo, daß er gegen alle Vertraulichkeit mit dem gemeinen Erdbodenbewohner gefest ist. Es ist in der That hier wie dort dasselbe System, und um so ergötzlicher ist es daher, zu sehen, wie das neu-chinesische Mandarinenthum bei der katbolischen Kirche ganz dasselbe centralistische Verwurzelung, was es bei der preussischen Armee begeistert.

Uebrigens, so treffend die „Volkszeitung“ das System gekennzeichnet, so rathlos scheint sie der Frage gegenüber zu stehen, was gegen dasselbe zu thun. Sie schließt ihre Notiz nämlich mit folgenden Worten: „Die Wahrheit des Kampfs von Hoberbecke Anspruch, daß der Kampf mit der kommunistischen und ultramontanen Weltanschauung für das freie, vernünftige Völkergemeinwesen eine verhältnißmäßig geringfügige Sache sei, vernünftigen mit dem Kampfe gegen den Militarismus, drängt sich uns immer bewußter auf, und so verdienen auch die anscheinend unbedeutenden Symptome des sich hier vollziehenden Scheidungsprozesses unsere Beachtung.“

Nun, wir wollen die Frage der kommunistischen Weltanschauung bei Seite lassen, und fragen wir: Warum ist der Kampf gegen den Militarismus für das „freisinnige Völkergemeinwesen“ ein so schwerer? Und die Antwort lautet: Weil das „freisinnige Völkergemeinwesen“ dem Militarismus selbst immer wieder Versuch leistet, weil es mit ihm nicht grundsätzlich brechen kann und will. Es geht ihm mit dem Militarismus so, wie dem preussischen Staat mit dem Ultramontanismus. Es würde ihm alle Hände, alles Bopstium verzeihen, wenn der Militarismus sich nicht, grade wie der Ultramontanismus, als selbständige Macht aufspielen wollte. Daher der Haß und die, wie wir gern anerkennen, famose Kritik. Früher, als man noch glaubte, mit am Ruder zu sitzen, ließ man dagegen stumm sein und stimmte selbst für die famose Richtschnur der Kadettenkassen.

Kein Resultat hat die famose Sonntag-Arbeit-Enquete gehabt — so schreiben mit schlicht verhehlter Besriedigung die Organe des Fürsten Bismarck und des Herrn Eugen Richter, die in dieser Frage ja drüberbaldig und in Arm marschiren. „Kein Resultat!“ — während die Handels- und Gewerbekammern, sowie die Fabrikanten sich so einstimmig für Fortdauer der Sonntagarbeit aussprechen, sind die Arbeiter großentheils gegen die Sonntagarbeit. Bei diesen gegensätzlichen, einander widersprechenden Voten wird die Regierung nicht leicht zu einer Entscheidung gelangen.“

Das glauben wir gern. Und wir glauben des Weiteren, daß die Regierung dies negative Resultat gewollt hat. Die Handels- und Gewerbekammern und die Fabrikanten über die Frage der Sonntagarbeit befragen, hieß von vorneherein: wir wollen nicht die Abschaffung der Sonntagarbeit.

Nächstens wird der hiesige Otto, nachdem er in zwei „kaiserschen“ Bottschaften die Sozialreform seitlich auf Kaiserwort versprochen, die Handels- und Gewerbekammern und die Fabrikanten wohl darüber abstimmen lassen, ob sie die Sozialreform wollen. Natürlich werden sie nein! sagen, und der hiesige Otto kann dann vor dem Reichstag treten und erklären: Ich habe die Sozialreform versprochen und durch den Kaiser versprochen lassen, allein das Volk will die Sozialreform nicht.

— Volkstimme ist Gottesstimme, und ich Mann, und die Stimme des Volkes als höchste Instanz steht, muß ich mich unterwerfen. So mir's kommen. Wenn auch nicht wörtlich, doch der Sache nach. O Schwindel, dein Name ist Bismarck!

m. Das Arbeiterschutzesgesetz hätte der sozialdemokratischen Sache Schaden, hat man sich entschieden gedacht. Wenn der Reichstag es angenommen habe, würden alle Arbeiter befreit sein, und sich von der sozialdemokratischen Bewegung abwenden. Nun — die Aengstlichen mögen sich irren. Es ist keine Gefahr. Freuen sich nicht der Reichstag das Arbeiterschutzesgesetz nicht an; und weichen würde es agitatorisch auch gar nichts haben, wenn es angenommen. Die Arbeiter wissen doch sehr wohl, daß dies nur der sozialdemokratischen Agitation zu danken wäre; und überdies sind die Verhältnisse derart, daß die sozialen und wirtschaftlichen Misstände, aus denen die sozialdemokratische Bewegung entspringen ist, nach wie vor bestehen und die Arbeiter vorantreiben werden. Jede Konzeption an die Arbeiter wird unter den obwaltenden Verhältnissen zu einer neuen Waise in den Händen der Arbeiter.

Der Werth politischer Eide hat sich dieser Tage wieder herrlich bewährt. Die bulgarischen Beamten in Ost-Rumelien haben, wie der Telegraph meldet, dem Fürsten Alexander bereits den Treueid geleistet. Und das im selben Moment, wo sie dem Sultan eidbrüchig geworden. Natürlich sind sie alle gute Christen — so wahr ihnen „Gott helfe“.

In Spanien ist unter den Arbeitern die Vermuthung ausgebreitet, die deutsche Sozialdemokratie sei nicht einig in ihrer Beurtheilung des Aktes der Seeräuberei, welchen Bismarck soeben an den „Karolinen“ verübt hat. Wir wollen hier die Frage nicht erörtern, ob Spanien ein „Recht“ auf die „Karolinen“ hat oder nicht. Wir wollen bloß konstatiren, daß die deutsche Sozialdemokratie jeden Länderraub aufs Entschiedenste verurtheilt, und daß sie heute genau auf demselben Standpunkt steht, wie zur Zeit, da sie gegen die „Annektion“ von Elsass-Lothringen protestirte. Aus einem uns zugegangenen Briefe scheint zu erhellen, daß unter den spanischen Sozialisten die Meinung verbreitet ist, die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Dampfersubventionsfrage habe die Billigung der Bismarck'schen Kolonialpolitik involvirt. Das ist eine durchaus unrichtige, wohl durch mangelhafte Berichte hervorgerufene Auffassung. Die Majorität der Fraktion, welche die Dampfersubvention nicht a limbo — d. h. von vornherein, ohne Diskussion — abzulehnen wollte, hat dies einzig aus praktischen Gründen, weil ihrer Ansicht nach unter gewissen Bedingungen möglicherweise Vortheile für die Arbeiter erwachsen könnten. Eine Billigung der Bismarck'schen Politik wurde von keinem sozialdemokratischen Abgeordneten weder ausgesprochen noch beabsichtigt. Und die Bismarck'sche Kolonialpolitik, aus der dieser neueste Akt der Seeräuberei entspringen ist, hat seitens der Fraktion einstimmige Verurtheilung gefunden.

Die spanischen Genossen mögen sich also beruhigen: die deutsche Sozialdemokratie ist heute, was sie 1870 und 1871 war, und sie wird sich niemals zum Werkzeug der schmachvollen Politik eines Bismarck hergeben.

Betreffs des Genossen A. K. Puttrich wird uns geschrieben: „Ihre Mittheilung, daß der bisherige Landtagsabgeordnete Puttrich vollständig erblindet und körperlich ganz hinfällig sei, beruht glücklicherweise nicht auf Wahrheit. Wohl war der hartgeprüfte Mann längere Zeit krank und mußte sich auch einer schmerzhaften Augenoperation unterziehen, die leider erfolglos blieb. Allein eine zweite Operation ist zum Glück besser verlaufen; und ich kann jetzt die erfreuliche Mittheilung machen, daß die Sehkraft wenigstens eines Auges nicht zerstört ist, so daß Puttrich, der bekanntlich Rechtsanwalt und Notar ist, seinen Berufsgeschäften sich widmen kann. Auch sonst hat der Gesundheitszustand Puttrich's sich wesentlich gebessert; so daß derselbe vielleicht bei einer späteren Wahl wieder als Kandidat zur Verfügung stehen würde.“

Desto besser!

Aus Holland liegen uns erfreuliche Nachrichten vor über großartige Demonstrationen der dortigen Arbeiterschaft zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts.

Am Freitag Abend dazwischen ein Zug von gegen zehntausend Arbeitern mit Fahnen und Emblemen, unter ihnen die Sozialisten mit rothen und schwarzen Fahnen und die Marcellaise tragend, die Straßen Amsterdams und löste sich erst auf, als um Mitternacht die Delegirten der Amsterdamer Arbeitervereine nach dem Haag abreisten, wo am Sonntag die eigentliche Hauptdemonstration stattfinden sollte und, wie der Telegraph berichtet, auch in glänzender Weise stattgefunden hat.

An zehntausend Delegirte der sozialistischen und Arbeitervereine hatten sich in der Residenzstadt am Tage der Parlamentsöffnung eingefunden, um der Forderung der Arbeiter nach ihrem politischen Elementarrecht gebührenden Ausdruck zu geben. Fest und entschlossen traten die Männer der Arbeit für ihre Sache ein. Ihr Zug durch die Stadt war ein imposanter und nöthigte selbst den unvernünftigen Respekt ab; ihre Reden auf dem Meeting waren kräftig und unverkennbar, und die Resolution, in welcher sie der Forderung ihrer Kandidaten Ausdruck gaben, ließ an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig. „Es ist das letzte Mal, daß wir um das Wahlrecht petitioniren, wenn Ihr es absolut nicht gutwollig geben wollt, so werden wir es uns erkämpfen,“ dies ihr Inhalt.

Die Gegner machen ihrem Verdruss über das müthige Auftreten unserer holländischen Freunde dadurch Luft, daß sie die alberne Verächtlichmachung ausprägen, dieselben handelten im Auftrage Bismarck's! Diese feige Ausflucht zeigt so recht ihr schlechtes Gemissen. Als ob unsere Genossen nicht seit Jahren für das allgemeine Wahlrecht kämpften. Der kolossale Aufschwung aber, den die Bewegung in der letzten Zeit genommen, ist neben der rastlosen Thätigkeit unserer holländischen Freunde, voran der unermüdete Domela Nieuwenhuis, der großen Arbeitlosigkeit zuzuschreiben, die in Holland herrscht. „Die Roth ist außerordentlich“, schreibt uns ein dortiger Genosse, „es ist mir ein Räthsel, wie es im Winter werden soll. Es geht an allen Orten.“

Was sagen dazu die deutschen Kolonialschwärmer? Holland, das in Java eine der reichsten Kolonien besitzt, und Rothland! Diese That-sache sollte doch verschiedenen dieser Leute endlich die Augen öffnen.

Frankreich. Das „Proletariat“, das Organ der Richtung Joffrin-Broussé, liegt in seiner neuesten Nummer sehr heftig gegen die sozialistisch-revolutionäre Koalition los und macht sich namentlich deshalb über die von derselben aufgestellte Kandidatenliste lustig, weil die darauf figurirenden Personen sich gelegentlich sehr heftig bekämpft und beschimpft haben. Es zittet zu diesem Zwecke Angriffe von Guesde auf Kugelort und umgekehrt: z. z. Wir wollen hier nicht auf die Frage der Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der sozialistischen Koalition, wie sie sich jetzt gestaltet hat, eingehen — um darüber abzuurtheilen, stehen wir, offen gestanden, den Verhältnissen so fern, im Prinzip aber können wir den Gedanken des Zusammengehens aller, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Sozialisten ohne Rücksicht auf die persönlichen Zwistigkeiten nur freudig begrüßen, und stimmen voll und ganz Jules Guesde zu, der in der Sonntagsummer des „Eri du Peuple“, offenbar als Antwort auf die Veröffentlichungen des „Proletariat“, sich folgendermaßen äußert:

„Man hat uns gesagt: „Haltet Euch! Eure Liste vereinigt Männer, die sich bekämpfen, geschmäht und verurtheilt haben. Sie wird das arbeitende Volk ein dergestaltigen Bekämpfungen von Männern begreifen, die gestern und vorgestern noch Gegner waren!“ Gerade das Gegentheil ist wahr, wie das durch die kürzlich vollzogene Vereinigung bewiesen ist, und wie es weiterhin bewiesen werden wird durch die Abstimmung vom 4. Oktober.“

Der moderne, freuziehende, frohbarere, der kapitalistischen Produktion und dem Handel zehntausendige Fabrik- und Komptoir-Elite würde es vielmehr nicht verstehen, wollten wir ihn die Folgen tragen, ihn die Kosten zahlen lassen für unsere persönlichen Zwecke — um nicht zu sagen Quelle; er würde es nicht verstehen, wenn unter dem Vorwand empfangener oder ausgetheilter Schläge das Terrain, auf dem der große Klassenkampf zum Austrag kommt, irgend einem Genossen des guten Kampfes verschlossen werden sollte.

„Sie wird die Masse, die nichts hat, während sie Alles produziert, der industriellen Fortschritt tagtäglich den Hüften Brod beschneidet, indem er die Arbeitslosigkeit verdoppelt, nie wird sie zugeben, daß, bevor ihre Leiden verringert, ihr Leben gelindert, ihre Emancipation nach schwerem Kampfe vorwärts ist, ihre Forderungen, welche den Kaiserthron erbeben, in der Avantgarde zu marschiren, mit ihrem „JH“ — dem „hassenswerthen“ JH Bascais — kommen, und es in einem Stein des Hindernisses, in ein Element der Niederlage verwandeln.“

„Zuerst müssen wir die Masse ihrem Elend entreißen, sie von ihren Zwangsarbeiten befreien. Später werden wir dann das volle Recht und die volle Ruhe haben, unsere Privatfreiheiten wieder aufzunehmen — wofür solche noch vorhanden sind. ... Weder Delescluz, noch Rigaud, noch Barlin oder Duval, oder irgend einer unserer heroischen Vorkämpfer von 1871 hatten den „gleichgearteten Schädel“, noch dachten sie durch dieselbe Brille; aber das hinderte sie nicht, am 11. Februar auf der gleichen Liste zu figuriren, durch das Thor gemeinsamen Wahlganges in das Stadthaus einzutreten, gemeinsam sich dem Feuer der Versäuer auszusetzen und ihr Blut in den gleichen Strom fließen zu lassen. Was sie überdies, wie es uns heute koallirt, ist, um mit Blanqui zu reden, „das Joch des Kapitals“, das zerbrochen werden muß von den zur Herrschaft gelangten Reichthümlichen.“

So E. esse, und seine Worte werden sicher nirgends lebhafteren Widerhall finden als in Deutschland. Verdankt doch grade die deutsche Sozialdemokratie ihre großen Erfolge dem Begraben aller persönlichen z. z. Differenzen, sobald es sich um den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner handelt.

Wir lesen ferner im „Socialiste“: In einer Dionstag den 15. September, Rue Boulevard, abgehaltenen Wahlversammlung gab der Bürger Lafargue folgende Erklärung ab: „Zum zweiten Mal befinde ich mich gegenüber Vertheidigern der Liste des sozialistischen Arbeiterverbandes — gestern im 5., heute im 14. Arrondissement — und ich habe konstatirt, daß sie, anstatt die Radikalen anzugreifen, gegen die revolutionären Sozialisten losziehen, daß sie, anstatt uns auf dem Boden des Prinzips zu bekämpfen, aber unsere Persönlichkeiten anzugreifen und, einer nach dem andern, Wahlfrauen gleichmäßig über Hochfort, Lafargue, Goussé zum Besten geben. Dieses Verhalten ist schmachvoll, es ist Sozialisten nicht würdig, die sich als der Sache der Revolution ergeben erklären: — nie werden wir uns soweit erniedrigen, unsere Gegner mit derartigen Waffen zu bekämpfen, nie werden wir uns dazu herbeilassen, das Geschick der Bourgeoisie dadurch zu besorgen, daß wir gegen Sozialisten losgehen. Wir haben stets die Einigkeit gewollt und wollen sie noch; ich für meinen Theil verpflichte mich, von der Liste der sozialistisch-revolutionären Koalition zurückzutreten, und meinen Platz einem Kandidaten des sozialistischen Arbeiterverbandes abzutreten.“

Drei weitere anwesende Kandidaten, die Bürger Bergerol, Blanche und Cocheri, erklärten sofort unter dem einmüthigen wiederholten Applaus, daß sie, wie Lafargue, die Einigkeit wollten und bereit seien, ihren Platz an Kandidaten des sozialistischen Arbeiterverbandes abzutreten.

Auch wir rufen bravo, bezweifeln aber, daß das Anerbieten angenommen werden wird.

In England rührt sich's. Die Chinesen-Maßregeln der Polizei gegen die sozialistische Agitation haben, wie vorausgesehen, zu dem Segen von dem demüthigt, was sie sollten. Ein Freund unseres Blattes schreibt uns darüber: „Ich komme soeben von einer Versammlung unter freiem Himmel, bei der ein halbdutzend sozialistischer Sprecher verhaftet worden sind. Gewisse Plätze in London sind durch längst feststehende Gewohnheit als Versammlungsorte unter freiem Himmel anerkannt. Sie waren seit Jahren von religiösen Sekten, Freimaurern, Temperenzlern, überhaupt Allen benutzt, welche auf die arbeitende Klasse wirken wollten. Die Sozialisten, welche sich natürlich besonders an diese wenden, haben in letzter Zeit begonnen, ebenfalls solche Plätze zu benutzen. Wo aber die erwähnten Sekten ruhig sprechen konnten, da wurden die Sozialisten von der Polizei, der Stütze des Kapitalismus, angegriffen und in der Uebung der anerkannten Redefreiheit gehindert.“

Einer der erwähnten Plätze ist in Limehouse, im Ostende Londons. Hier wurde vor acht Tagen ein Sozialist, John Williams, verhaftet, weil er daselbst sprach. Da er schon vorher dasselbe „Verbrechen“ begangen, wurde er diesmal ins Gefängniß geschickt. Darauf ließ es die richtige Antwort geben, die Redefreiheit der schuftigen Polizeimilitär gegenüber aufrecht halten. Dies ist heute (20. September) geschehen. Zehntausend Arbeiter versammelten sich auf dem beanstandeten Platze. Die Polizei versuchte Ansprachen an die Versammlung zu hindern. Aber die Ansprachen wurden gehalten. Kaum war ein Mann verhaftet, so nahm ein anderer seine Stelle ein. Insofern wurden gehalten. Eine Zeit lang hielt die Menge in vollkommener Ordnung die Polizei bloß durch ihre dichtgedrängte Masse ab, zu den Rednern vorzudringen. Es gelang den Polizisten schließlich, durch ein plötzliches Rauschen einige der Redner zu ergreifen, aber die Versammlung dauerte fort und neue Redner traten auf. Um 1 Uhr endete die Versammlung. Das einzige Haus in der betreffenden Straße, welches kein Magazin ist, ist ein Wirthshaus. Da diese in London Sonntags um 1 Uhr öffnen, hatten wir beschlossen, etwas vor dieser Zeit die Versammlung zu schließen, um ja keine Verlesung herbeizuführen. Die Menge zerstreute sich in großer Ordnung, trotzdem die Polizei nicht umhin konnte, einen Mann, der ein Banner trug, in brutalster Weise zu verhaften. Die Versammlung war vom besten Geist befeuert und nahm die sozialistischen Ausführungen mit Begeisterung auf. Wir werden nächsten Sonntag an demselben Platze sprechen und uns schließlich Redefreiheit erzwingen. Der heutige Tag aber verdient bemerkt zu werden, nicht nur als Niederlage der Polizei, sondern auch als einer der ersten Tage, an dem die junge Sozialdemokratie Englands zu den Massen gesprochen hat.“

Wir rufen unsern englischen Genossen zu ihrem Kampf für das freie Wort ein herzlich Glück auf! zu. Sie liefern uns ein treffliches Beispiel, wie unabhängig denkende Männer handeln müssen, um ihr Recht der Willkür gegenüber zu wahren.

England. (Vom Trades-Union-Kongress.) Die Beschlüsse, welche der Gewerkschaftskongress am Schluß seiner Verhandlungen faßt, zeigen, daß die in letzter Nummer erwähnte Treisfall'sche Rede in der That noch keinen „Sommer“ machte, sondern lediglich als ein auf eine vorhandene Gährung in den Köpfen hindeutendes Zeichen der Zeit zu betrachten ist. Der Körper der englischen Gewerkschaften ist eben zu schwerfällig, als daß er ohne gewaltige Erschütterungen in neue Bahnen gelenkt werden könnte.

Die wichtigsten der gefaßten Beschlüsse betreffen: das Verbot der Beschäftigung von Mädchen unter 14 Jahren in gewissen Branchen der Textil- und Stahlindustrie; Verneuerung und Befestigung der Sanitätsinspektoren; Diminution der Arbeiter als Besitzer zu allen bedeutenden Kommissionen, wo Arbeiterfragen zur Verhandlung kommen; Anstellung von aktiven Bergarbeitern als Sub-Grubeninspektoren; Einführung eines achtstündigen Maximalarbeitstages in allen Staaten, Gemeinwesen u. s. w. Verhältnisse; Durchführung des achtstündigen Arbeitstages überhaupt (wobei indes nicht gesagt wird, ob durch Gesetz oder durch bloße Agitation); unentgeltlicher Arbeitskulturstreit; Ertheilung des Stimmrechts an alle selbständigen Frauen; Protest dagegen, daß in verschiedenen Gemeindefunktionen, unter dem Vorwand körperlicher Ausbildung der Knaben, ein militärisches Drillsystem und jetzt im Anblich an dasselbe Bildungen von Kadettenkorps vorgenommen wurden, in der schlaun berechneten Absicht, nach und nach den Boden für das verwerbliche Militär-Ausbildungssystem des Bestandes vorzubereiten.

Eine Resolution, die auf Öffnung der Museen am Sonntag abzielte, wurde mit ziemlich erheblicher Majorität abgelehnt, namentlich waren es die schottischen Delegirten, die mit äußerster Energie gegen dieselbe eintraten. Einstimmig wurde dagegen eine Resolution angenommen, welche fordert, daß die Museen, Galerien z. c. an bestimmten Wochentagen bis 10 Uhr Abends geöffnet sein sollen.

Wir glauben, daß es einseitig wäre, diesen Beschluß ausschließlich auf kirchliche Rücksichten zurückzuführen, die ja zweifelsohne noch bei den englischen, und namentlich bei den schottischen Arbeitern eine Rolle spielen. Bei vielen Delegirten mag auch der Gedanke maßgebend gewesen sein, daß es bedenklich sei, ein Loch in das Prinzip der strengen Sonntagsruhe zu schlagen.

Die Beschlüsse, welche die in letzter Nummer erwähnte Treisfall'sche Rede in der That noch keinen „Sommer“ machte, sondern lediglich als ein auf eine vorhandene Gährung in den Köpfen hindeutendes Zeichen der Zeit zu betrachten ist. Der Körper der englischen Gewerkschaften ist eben zu schwerfällig, als daß er ohne gewaltige Erschütterungen in neue Bahnen gelenkt werden könnte.

Die wichtigsten der gefaßten Beschlüsse betreffen: das Verbot der Beschäftigung von Mädchen unter 14 Jahren in gewissen Branchen der Textil- und Stahlindustrie; Verneuerung und Befestigung der Sanitätsinspektoren; Diminution der Arbeiter als Besitzer zu allen bedeutenden Kommissionen, wo Arbeiterfragen zur Verhandlung kommen; Anstellung von aktiven Bergarbeitern als Sub-Grubeninspektoren; Einführung eines achtstündigen Maximalarbeitstages in allen Staaten, Gemeinwesen u. s. w. Verhältnisse; Durchführung des achtstündigen Arbeitstages überhaupt (wobei indes nicht gesagt wird, ob durch Gesetz oder durch bloße Agitation); unentgeltlicher Arbeitskulturstreit; Ertheilung des Stimmrechts an alle selbständigen Frauen; Protest dagegen, daß in verschiedenen Gemeindefunktionen, unter dem Vorwand körperlicher Ausbildung der Knaben, ein militärisches Drillsystem und jetzt im Anblich an dasselbe Bildungen von Kadettenkorps vorgenommen wurden, in der schlaun berechneten Absicht, nach und nach den Boden für das verwerbliche Militär-Ausbildungssystem des Bestandes vorzubereiten.

Eine Resolution, die auf Öffnung der Museen am Sonntag abzielte, wurde mit ziemlich erheblicher Majorität abgelehnt, namentlich waren es die schottischen Delegirten, die mit äußerster Energie gegen dieselbe eintraten. Einstimmig wurde dagegen eine Resolution angenommen, welche fordert, daß die Museen, Galerien z. c. an bestimmten Wochentagen bis 10 Uhr Abends geöffnet sein sollen.

Wir glauben, daß es einseitig wäre, diesen Beschluß ausschließlich auf kirchliche Rücksichten zurückzuführen, die ja zweifelsohne noch bei den englischen, und namentlich bei den schottischen Arbeitern eine Rolle spielen. Bei vielen Delegirten mag auch der Gedanke maßgebend gewesen sein, daß es bedenklich sei, ein Loch in das Prinzip der strengen Sonntagsruhe zu schlagen.

